

der Lieferung der obenverordneten Lebensmittel in kurzer Zeit zu rechnen sein.

Berlin, 25. März. Am 23. März werden laut Meldung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ die ersten beiden amerikanischen Lebensmittelschiffe im Hamburger Hafen eintreffen.

Hamburg, 24. März. Bis Montag mittag sind jetzt insgesamt 27 Dampfer mit 200 000 Bruttoregistertonnen Raumbesatz gemäß dem Lebensmittelabkommen mit den Verbandsmächten ausgelassen.

London, 24. März. (Reuter.) Im Unterhaus erklärte der Parlamentsuntersekretär des Lebensmittelamtes, daß noch keine Lebensmittel nach Deutschland geschickt wurden mit Ausnahme des von den Verbänden besetzten Gebietes. Es würden auch keine geschickt werden, bevor die deutsche Regierung die Bedingungen des Schiffahrts- und Finanzabkommens erfüllt habe.

Rundgebungen gegen die Exterritorialisierung deutscher Gebiete.

Berlin, 24. März. Dem Auswärtigen Amte ist in den letzten Tagen aus allen Teilen Westpreußens eine Fülle von telegraphischen Rundgebungen zugegangen, in denen der unerschütterliche Wille der westpreussischen Bevölkerung zum Ausdruck gebracht wird, ihr Heimatland, das von einer überwiegend deutschen Bevölkerung bewohnt wird und in dem die deutsche Kultur seit Jahrhunderten ihre schönste Pflanzstätte besitzt, mit allen Mitteln gegen etwaige Exterritorialisierungen von feindlicher Seite zu verteidigen.

Frankfurt, 24. März. Gestern fand hier eine von Tausenden von Teilnehmern aller Parteien besuchte Protestversammlung gegen die Exterritorialisierung des Saargebietes statt. Einstimmig wurde eine Entschließung angenommen, welche die Regierung und die Nationalversammlung auffordert, die langandauernde Besetzung, ebenso wie die offene Annexion des Saargebietes zurückzuweisen.

Köln, 24. März. Das Korrespondenzblatt für den Kreis Eupen veröffentlicht mit Genehmigung der französischen Regierung eine Entschließung sämtlicher Vertrauensmänner der Zentrum- und der Deutschen Volkspartei, worin Einspruch erhoben wird gegen eine Abtretung des Kreises Eupen oder eines Teiles davon in irgendeiner Form.

Grundlose Befürchtungen der Beamenschaft.
In der Beamenschaft, so heißt es im „Vorwärts“, laufen die wildesten Gerüchte über die bevorstehenden Kündigungen der lebenslänglichen Anstellungen um.

Ausbau des Luftpostdienstes.
Berlin, 24. März. Der bisher auf den Strecken Berlin-Leipzig-Weimar und Berlin-Hamburg von der deutschen Luftpostbetriebe betriebene regelmäßige Luftpostdienst soll, wie wir hören, noch im Laufe des April nach Hannover, Rheinland-Westfalen, Frankfurt a. M., Breslau und Barmen ausgedehnt werden.

Die neue preussische Regierung.
Berlin, 24. März. Die neue preussische Regierung setzt sich wie folgt zusammen: Ministerpräsident Dirsch, Inneres Heine, Finanzen Sadelum, Landwirtschaft Braun, Kultus Hähnich, Eisenbahn Deser (Demokrat), Handel Fischbed (Demokrat), Justiz am Behnhoff (Zentrum), Volkswirtschaft Stegerwald (Zentrum), Krieg Reinhardt. Ferner soll jede Partei zwei Unterstaatssekretäre stellen.

Eindberufung eines sozialdemokratischen Parteitages.
Berlin, 24. März. Wie dem „Vorwärts“ aus Weimar telegraphiert wird, beschloß der Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei, vom 10. Juni ab in Weimar einen Parteitag abzuhalten.

Die Bedingungen der Unabhängigen Sozialdemokraten für ihren Eintritt in die preussische Landesversammlung.
Berlin, 24. März. Wie uns aus der Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands mitgeteilt wird, hat sie an die Sozialdemokratische Fraktion der preussischen Landesversammlung folgendes Schreiben gerichtet: Auf Ihre Anfrage, ob die Fraktion

der Unabhängigen Sozialdemokraten der preussischen Landesversammlung bereit ist, in ein Ministerium einzutreten, erwidern wir namens unserer Fraktion, daß wir im voraus die sofortige Aufhebung des Delerationsauftrages und die sofortige Freilassung aller politischen Inhaftierten fordern. Ferner verlangen wir 1. Einordnung des Räteystems in die Verfassung, entscheidende Mitwirkung der Räte bei der Gesetzgebung, in Staats- und Gemeindeverwaltung und in den Betrieben; 2. völlige Auflösung des alten Heer- und des durch Freiwilligenkorps gebildeten Soldnerheeres, Entaffung des Militärwesens, Errichtung einer Volkswehr aus den Reihen der klassenbewußten Arbeiterschaft, Selbstverwaltung der Volkswehr, Wahl der Führer durch die Mannschaft, Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit; 3. Sicherung aller durch die Revolution erzwungenen politischen Freiheiten; 4. Trennung von Kirche und Staat, Verweltlichung der Schule, sofortige Einführung der Einheitschule; 5. Vermeidung aller Maßnahmen, die das kapitalistische Wirtschaftssystem stützen; 6. sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung. Die Überführung der gesamten kapitalistischen Wirtschaft in die sozialistische muß unmittelbar in Angriff genommen werden. Die wichtigsten Produktionsmittel in Landwirtschaft, Industrie, Handel und Verkehr, der Grund und Boden sowie die Bodenschätze sind als Volkseigentum zu erklären und unter gesellschaftliche Kontrolle zu stellen u. Die Produktion ist planmäßig nach sozialistischen Grundsätzen aufzubauen und die Verteilung der Gebrauchsgüter nach sozialistischen Grundsätzen zu regeln; 7. nachdrückliche Vertretung dieser Forderungen bei der Reichsregierung und schärfsten Widerstand gegen alle Maßnahmen der Regierung, welche die Verwirklichung dieser Forderungen verhindern. gez.: Adolf Hoffmann, Kurt Rosenfeld.

Entschlüsse der Berliner Arbeiterräte.
Berlin, 24. März. Nach der „Vossischen Zeitung“ lehnte die heutige Vollversammlung der Berliner Arbeiterräte, die zu den vom Zentralrat für den 8. April ausgeschriebenen Neuwahlen zum Rätekongreß Stellung nehmen sollte, auf Antrag der kommunistischen Partei die vom Zentralrat angeordnete Neuwahl auf Grund der Bezirkswahlen ab, da diese Wahlordnung den Arbeiterräten nicht den nötigen Einfluß gewähre und eine Verfallung des Räteystems darstelle. Bei der Begründung dieses Antrages wandte sich der Kommunist Berg besonders gegen den Beschluß des Zentralrates, auch die Arbeitervertreter Deutsch-Osterreichs am Rätekongreß teilnehmen zu lassen. Der im Namen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sprechende Richard Müller erklärte, daß die Unabhängigen grundsätzlich die Beteiligung an den Bezirkswahlen ablehnten, da sie nicht geeignet seien, das Räteystem zu schaffen. Nachdem Strasser im Namen der Rechtssozialisten gesprochen hatte, erhielt Cohn (Reuß) vom Zentralrat das Wort. Er konnte aber nicht reden, da die Kommunisten ihn nicht zum Worte kommen ließen. Darauf vertagte der Vorsitzende die Versammlung.

Regierungsmaßnahmen zum Schutze der Grafschaft Glatz.
Berlin, 25. März. Der Reichsminister Roske und der preussische Kriegsminister Reinhardt ließen nach einer kleinen Anfrage an die Nationalversammlung folgende Antwort gelangen: Die in der letzten Zeit bedeutend vermehrten tschechischen Truppenansammlungen an den Grenzen der Grafschaft Glatz sind bekannt. Soweit zuverlässige Truppen zur Verfügung stehen, haben die zuständigen Stellen die notwendigen Maßnahmen durchzuführen, um einem etwaigen Einmarsch entgegenzutreten.

Son der Ostfront.
Berlin, 24. März. In der schlesisch-böhmischen Grenze wurde eine eigene Feldwache südlich Friedland von Tscheden beschossen. Von allen Teilen der polenischen Front sind Patrouillenvorstöße und kleinere Angriffe der Polen zu berichten. Die Stimmung unserer Truppen ist daher äußerst erbittert, vor allem im Regimentsbereich südlich Schneidemühl-Fromberg, gegen den sich die häufigsten Vorstöße gerichtet haben. Im Abschnitt Thorn wurde von zwei zu den Polen entsandten Parlamentären der eine nach Überschreiten der Grenze getötet, der andere verwundet. Im Baltikum sind Truppen der lettischen Regierung bis an die Edeu östlich und nördlich von Riga gelangt.

Die Weiterentwicklung der inneren Lage.
Die Wahlen zum Großen Arbeiterrat in Hamburg.
Hamburg, 24. März. Bei den gestrigen Wahlen zum Großen Arbeiterrat entfielen von 400 Stimmen 240 auf die Sozialdemokraten, 37 auf die Unabhängigen, 25 auf die Kommunisten und 98 auf die bürgerlichen und Sondergruppen.

Aufhebung des Garnison-Soldatenrats in Pirna.
Pirna, 24. März. Heute wurde auf Betanlassung des Ministeriums für Militärwesen der hiesige Garnison-Soldatenrat aufgehoben, weil er in letzter Zeit den Anordnungen der Regierung öfters keine Folge geleistet hatte. Das Grenzbataillon I rückte heute morgen hier ein und übernahm die vom Pirnaer Arbeiter- und Soldatenrat gestellten Wachen. Es traf dabei auf keine Schwierigkeiten. Eine Kompanie aktiver Unteroffiziere, die aus Dresden eintraf, hob die hiesige Bahnhofs- und auf beschlagnahmte das im hiesigen Volkshaus untergebracht Waffenslager. Auch an der Copier Brücke sind Wachen aufgestellt. Major v. Friesen, Führer des Grenzbataillons, ist von heute ab Platzkommandant von Pirna. Die öffentliche Gewalt liegt von heute ab in seinen Händen.

Rundgebung gegen den Sozialisierungsentwurf Neuraths.
Dresden, 24. März. In einer am 17. März abgehaltenen Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Oberbau des Verbandes Sächsischer Industrieller gelangte nachstehende Entschließung zur Annahme: Die am 17. März in der Reichshaus zu Oberbau verammelten Industriellen aus dem Industriezweig von Oberbau und Umgebung (etwa 200 Teilnehmer) erdrückten einstimmig scharf u. Protest gegen den von Herrn Dr. Neurath, Kranold und Genossen aufgestellten Entwurf der Sozialisierung der sächsischen Industrie. Sie erklären, daß nur freie, lauffähige und

freudig geleistete Arbeit von Seiten der Arbeiter und Arbeitnehmer wieder einen Aufschwung aus dem wirtschaftlichen Niedergang bringen kann, eine Arbeit, die jedem noch lebende Mensch freie Entfaltung sich ist, eine Arbeit, die durchdrungen ist von dem Grundgedanken sozialer Gerechtigkeit. Wegen den Steuerentwurf des Hrn. Staatssekretärs Schäfer vom Reichsamt über die Bekämpfung des Vermögenswachses erhebt die Versammlung scharfen Protest, da er eine Entziehung der Betriebskapitalien darstellt in dem Augenblick, wo die Industrie zur Wiederanfrischung der Wirtschaft aller Betriebsmittel bedarf. Die Veranlassung fordert entsprechend der Denkschrift des Verbandes Sächsischer Industrieller eine Revision des Entwurfes.

Zur Errichtung eines Sozialisierungsamtes in Sachsen.

Bekanntlich soll auf Beschluß des Gesamtministeriums eine Vorlage für die Volkskammer über Einrichtung eines Sozialisierungsamtes beim Wirtschaftsministerium ausgearbeitet werden. Von zünftigster Seite erfährt der Vertreter des „Dresdner Redaktionsbureaus“ des „Sächsischen Zeitungsweglers“, daß dieses Amt aus dem Grunde geschaffen werden soll, um die Bevölkerung zu zeigen, daß es der Regierung um die Lösung der Sozialisierungstragen ernstlich zu tun ist und um übertriebene Beunruhigungen im Volke zu vermeiden.

Konferenz der Arbeiter- und Soldatenräte der Kreishauptmannschaft Chemnitz.
Chemnitz, 24. März. Eine Konferenz der A- und S-Räte der Kreishauptmannschaft Chemnitz tagte im Stadtverordnetenhaus des neuen Rathauses in Chemnitz. Dr. Kranold hielt einen Vortrag über die Sozialisierung der Wirtschaftsbildung und erörterte im Rahmen seines Vortrages auch die verschiedensten Gesichtspunkte über die Organisierung der Arbeiterräte. Der oberste Aufbau des Räteystems müßte ein Räteparlament sein, das auf wirtschaftlichem Gebiete als gleichberechtigte, gesetzgebende Körperschaft neben dem politischen Parlament zu bestehen hätte. Ohne das Zweikammersystem in dieser Form würde man in Zukunft nicht auskommen. Eine lange Aussprache folgte dem Vortrage, sie ergab aber Einstimmigkeit über die Möglichkeit und Notwendigkeit der Sozialisierung. Als Delegierte zum Reichsrätekongreß wurden Dr. Neurath und Behnmann, Franzenberg, gewählt. Ein Antrag, die weitere Verleihung von Kriegsauszeichnungen zu unterlassen, wurde angenommen und soll dem Rätekongreß eingereicht werden. Ferner wurde noch folgender Antrag angenommen: Die in Chemnitz tagende Konferenz der Arbeiterräte der Kreishauptmannschaft Chemnitz mißbilligt die Maßnahmen, die der Reichsernährungsminister in der Nationalversammlung in bezug auf freien Handel und Preisgestaltung der notwendigen Lebensmittel proklamiert hat. Die Konferenz fordert eine nach Einkommensgrenzen vorgenommene Staffelung der Lebensmittelpreise und restlose Erfassung aller Lebensmittel.

Kleine politische Nachrichten.
Berlin, 24. März. Wie wir erfahren, trifft die Meldung über Verhandlungen zwischen der braunschweigischen Regierung und dem Reichswirtschaftsministerium nicht zu. Die Militärkonvention besteht solange zu Recht, bis eine Neuordnung von Reichs wegen eingetreten ist.

Ausland.

Die Aufhebung der Blockade Osterreich-Ungarns.
London, 24. März. Das Reuterische Bureau erklärt, daß für die aus dem Auslande kommenden Nachrichten, daß die Räte beschlossen haben, die Blockade Osterreich-Ungarns aufzuheben, in London noch keine amtliche Bestätigung eingetroffen sei. Tatsache sei, daß von dem Obersten Wirtschaftsrate in Paris vor einigen Tagen betrieblige Vorschläge gemacht wurden. Es wurde einstimmig beschlossen, daß die Blockade des ganzen früheren östereichisch-ungarischen Staates aufgehoben werden soll, falls der Oberste Kriegsrat nichts dagegen hat.

Abreise des früheren Kaisers von Osterreich nach der Schweiz.
Wien, 24. März. Der frühere Kaiser und Familie sind gestern abend im Sonderzug in die Schweiz abgereist.

Bericht der Erzherzöge in Deutsch-Osterreich.
Wien, 24. März. Wie die „Reichspost“ meldet, werden die in Deutsch-Osterreich geflochtenen vier Erzherzöge in einem besonderen Akt an die Staatskanzlei den feierlichen Bericht auf alle Thronansprüche und sonstigen Vorrechte ausprechen.

Der Umsturz in Ungarn.
Berlin, 25. März. Die Umwandlung in die kommunistische Herrschaft spielte sich in Budapest nicht so ruhig ab, wie es zuerst dargestellt wurde. Von Freitag auf Sonnabend wurde, wie das „Berliner Tageblatt“ meldet, geschossen, wobei es viele Verwundete und Tote gab. Die beiden Staatsbahnen wurden besetzt, Maschinen-gewehre und Kanonen aufgeföhren. Den Offizieren ist man ihre Auszeichnungen ab. Es kam auch zu großen Plünderungen, wobei die Menge die Lebensmittel- und Juweliergeschäfte heimgluchte.

Budapest, 24. März. (Ungar. Korresp.-Bureau.)
In der Provinz herrscht nach amtlichen Berichten überall Ruhe und Ordnung. In den meisten größeren Städten haben die Sozialisten die Verwaltung übernommen und ein Direktorium bestellt. In Rechnet ist außerdem ein Bauernrat gebildet worden.

Paris, 24. März. (Reuter.)
In hiesigen gutunterrichteten Kreisen wird darauf hingewiesen, daß Karolyi und seine Berater an der bolschewistischen Umwälzung in Budapest die Schuld haben. Seit Monaten habe die Regierung Karolyis versucht, in Rumänien und Sieben-